

## Mit der Politik im Gespräch - Haushaltsvorbereitungen haben begonnen

Die Vorbereitungen für den kommenden Doppelhaushalt 2023/24 sind bereits im vollen Gange. Deshalb hat der DGB Baden-Württemberg gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes Gespräche mit Vertretern der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion geführt, um aus Sicht der Gewerkschaften wichtige beamtenpolitische Vorhaben zu platzieren und voranzubringen.

### **Pauschale Beihilfe**

Bereits vor der Landtagswahl hatte sich der DGB Baden-Württemberg für eine Einführung der Pauschalen Beihilfe (Hamburger Modell) in Baden-Württemberg stark gemacht. Es ist aus Sicht der Gewerkschaften nicht hinnehmbar, dass das Land sich bei über 4000 Beamtinnen und Beamten im Landesdienst nicht an den Kosten für die Krankenversicherung beteiligt. Weder das Argument der Verfassungskonformität noch eine mögliche zusätzliche Belastung des Haushaltes sprechen gegen eine Einführung.

Bereits in fünf Ländern wurde die Pauschale Beihilfe erfolgreich eingeführt und in keinem dieser Länder gibt es rechtliche Verfahren gegen die Pauschale Beihilfe. Dazu gibt es eindeutige Gutachten, die jegliche rechtliche Bedenken ausräumen. Das Argument der Mehrkosten für das Land ist besonders aus Sicht der Betroffenen absurd, denn diese bekommen aktuell keinerlei Unterstützung bei ihren Krankenkassenkosten. Man stelle sich vor, wie groß der Aufschrei aus der Politik wäre, wenn ein Privatunternehmen sich weigern würde den Arbeitgeberanteil in der Krankenversicherung zu bezahlen. Hinzu kommt, dass die Betroffenen aufgrund ihrer Lebensverhältnisse oder gesundheitlicher Belastungen oftmals gar keine andere Möglichkeit hatten, als freiwilliges Mitglied in der GKV zu werden. Dieser Umstand bedeutet, dass die Betroffenen häufig eh schon höhere Belastungen bei den Gesundheitskosten haben, und dass das Land sich gerade hier einen schlanken Fuß macht, ist und bleibt ein Skandal.

### **Wochenarbeitszeit und Lebensarbeitszeitkonto**

Auch über das Thema Wochenarbeitszeit und die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten wurde intensiv diskutiert. Dabei

machte die Gewerkschaftsseite nochmals deutlich, dass die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten nur ein Teil eines Gesamtkonzepts sein kann, welches mittelfristig die Absenkung und Angleichung der Wochenarbeitszeit an den Tarifbereich zum Ziel hat. Dieses Ziel muss oberste Priorität haben und es braucht eine feste Vereinbarung, wann die Angleichung an die 39,5-Stunden tatsächlich erfolgt.

### **„4 Säulen-Modell“ und Kilometerpauschale**

Letztes großes Thema der Gespräche war die amtsangemessene Alimentation, das sogenannte 4-Säulen Modell. Hier attestierte die Gewerkschaftsseite, dass dem Land mit seinem Vorstoß ein guter Umgang mit den Vorgaben aus Karlsruhe gelungen ist. Allerdings gilt es bei der Umsetzung besonders die Details im Auge zu behalten, um Benachteiligungen Einzelner zu verhindern. Dazu wird es auch ein weiteres Beteiligungsgespräch des DGB mit dem Finanzministerium geben. Mit Blick auf die nach wie vor hohen Benzinpreise ist für den DGB der Handlungsdruck bei den Kilometerentschädigungen deutlich gestiegen. Es darf nicht sein, dass Beschäftigte, die für die Aufrechterhaltung der Dienstgeschäfte ihren privaten PKW zur Verfügung stellen, dafür am Ende noch draufzahlen müssen. Deshalb bedarf es aus Sicht des DGB Baden-Württemberg einer Dynamisierung der Entschädigungssätze, die mit einer temporär befristeten Erhöhung einhergeht. Gleichzeitig gibt es weitere Punkte, die bei der letzten Überarbeitung des Landesreisekostengesetzes auf der Strecke geblieben sind. Dies könnte im gleichen Atemzug ebenfalls angegangen werden. Dazu gehören:

- Eine Gleichstellung aller Fahrzeugarten bei der Kilometerpauschale.
- Abschaffung der Unterscheidung von Dienstfahrten und Dienstreisen mit besonderem dienstlichem Interesse.

### **DGB auch in Zukunft die Stimme aller Beschäftigten**

Es bleibt dabei, der DGB Baden-Württemberg und seine Mitgliedsgewerkschaften ist die starke Stimme für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst und wird sich so auch in Zukunft für Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes stark machen.